

BLICKPUNKT

DKP

Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg

Vor den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein

Die CDU/FDP-Regierung in Schleswig-Holstein hat schon viel zu lange regiert. Das Landesverfassungsgericht hatte nach einer Klage von Grünen und SSW am 30. August 2011 sogar festgestellt, dass die „schwarz-gelben“ Parteien nicht einmal formal berechtigt waren, die Regierungsgewalt auszuüben. Für diese Parteien waren bei den letzten Wahlen 2009 46,4 Prozent der Stimmen abgegeben worden, für SPD, Grüne, Linke und SSW dagegen 48,1 Prozent. Im Landtag hatten CDU und FDP insgesamt 48 von 95 Sitzen, weil der CDU 11 Überhangsmandate zuerkannt wurden. Damit aber war die Höchstzahl der Abgeordnetenmandate überschritten worden, stellte das Landesverfassungsgericht fest. Anstatt sofortige Neuwahlen anzuordnen, beließ das Gericht aber die „schwarz-gelbe“ Landesregierung bis zum 30. September 2012 weiter im Amt. Normalerweise sollte erst 2014 ein neuer Landtag gewählt werden.

Ohne auch formal berechtigt gewesen zu sein, machte die Kieler Regierung unter Peter Harry Carstensen unverdrossen Politik gegen die Interessen der Bevölkerungsmehrheit. Die Folgen sind vor allem im sozialen Bereich und auf dem Gebiet der Bildung ablesbar. Die Armen sind ärmer, die Reichen reicher geworden, Bildung richtet sich nach dem jeweiligen Vermögen der Eltern. Die Zahl der unsicheren Beschäftigungen wuchs. Außerdem konnte sich die Atomlobby der Unterstützung der Landesregierung sicher sein. Den Schutz der CDU/FDP-Regierung genossen auch die Nazis, die hier breit vernetzt sind. Überfälle von Nazis auf Mitbürger mit ausländischen Wurzeln und auf die politische Linke wie am 1. Mai 2010 in

Husum sind seit Jahren an der Tagesordnung, weil das Innenministerium Nazis verharmlost und gewähren lässt, während Antifaschisten behindert und bekämpft wurden.

Diese Regierung muss abgelöst werden. Das ist allerdings mit dem Stimmzettel allein nicht zu erreichen. Es ist gut und nützlich, wenn es der Partei Die Linke gelingt, wieder in den Landtag einzuziehen. Aber einen Politikwechsel wird es nur geben, wenn die Menschen in unserem Lande ihre Interessen im außerparlamentarischen Kampf deutlich machen. Wir unterstützen daher die Kämpfe der Gewerkschaften für die Erhaltung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, für das Recht auf Arbeit, für die Verteidigung sozialer Rechte und Errungenschaften, für die Gleichberechtigung der Frauen in der Gesellschaft. Wir beteiligen uns an Aktionen der ökologischen und Friedensbewegung ge-

gen Kriegseinsätze und Rüstungswahn, gegen die Macht der Atomkonzerne, für das Recht der Jugend auf Bildung und Ausbildung. Wir folgen der kommunistischen Tradition des konsequenten Kampfes gegen Nazis, Ausländerfeinde und Rassisten, sind solidarisch mit Menschen verschiedener Herkunft, die mit uns für ein menschliches Miteinander in unserem Land eintreten, für Mitbestimmung und Teilhabe in der Gesellschaft, für eine Zukunft ohne Militarismus und Krieg.

Die DKP verbindet Tagesforderungen mit der Zielvorstellung, dass der Kapitalismus nicht in der Lage ist, die großen Probleme der Menschheit zu lösen. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die fortschreitende Zerstörung der Umwelt zugunsten des Profits der großen Konzerne sind dafür Beweise. Immer mehr Menschen stellen daher heute die Frage nach einer gesellschaftlichen Alternative.

Sie begehren dagegen auf, dass statt den Verursachern der Krise, so stellte sogar die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ fest und schrieb, „die europäischen Rentner, Studenten und Arbeitslose öffentliche Sparprogramme ertragen müssen, die ihnen Regierungen aus so genannten Fachleuten geschrieben haben.“ Das sei der wichtigste Sieg der Finanzindustrie, „dass sie selbst nie auf den Gipfeln erscheinen muss, dort aber Regie zu führen versucht.“

An dieser Praxis werden Wahlen nichts ändern können, ob sie in Schleswig-Holstein oder anderswo stattfinden. Aber Wahlzeiten sind geeignet, darüber nachzudenken, wie ein Politikwechsel erreicht werden kann.



"Euro-Rettung" - Berlins dreiste Zockerei

Zur Existenzkrise des Euro

Die Existenzkrise des Euro hat drei Gründe. Erstens die „volkswirtschaftlichen Ungleichgewichte“ zwischen den Euro-Ländern. Deutschland, Luxemburg, Niederlande und Finnland haben beträchtliche Exportüberschüsse und die Problemländer Griechenland, Portugal, Italien, Spanien und Frankreich haben zum Teil gewaltige Handelsdefizite. Die vier Überschussländer haben den Defizitländern Kredite über 630 Milliarden Euro Kredite gewährt, damit die die Waren aus den „wettbewerbsstärkeren“ Ländern bezahlen konnten. Ohne einen Ausgleich in den Handelsbilanzen, ohne eine Erhöhung der Binnennachfrage in den Überschussländern, vor allem in Deutschland, und ohne eine Qualifizierung der Wirtschaftsstrukturen in den jetzigen Defizitländern - eine Verbesserung ihrer produktiven Leistung, nicht einer Verschlechterung der Löhne und Sozialleistungen - wird es keine „Rettung“ des Euro geben.

Zweitens erleben wir beileibe keine Krise des Sozialstaats, dessen angeblich zu hohe Kosten nun ihren Tribut fordern würden. Die Staatsquoten - der Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt - sind in allen Euro-Staaten von 1980 bis 2008 gesunken, und erst im Jahr der Lehman-Pleite in die Höhe geschneit, aber nicht, weil die Sozialausgaben gestiegen wären, sondern weil man die Banken „retten musste“. Nicht „wir“ haben über unsere Verhältnisse gelebt, sondern der Masse der Bevölkerung wurden die Verhältnisse ständig verschlechtert, während die Reichen immer reicher wurden, ihre Steuerlast immer geringer, ebenso wie ihre Lust, in die Realwirtschaft zu investieren, weil die Profite dort begrenzter waren. Die Massennachfrage blieb zurück, weil die Masseneinkommen im Verhältnis zur Produktivität ständig zurückblieben. In den einzelnen Euro-Ländern sank die Lohnquote von 1990 bis 2010 um durchschnittlich 10 Prozentpunkte. Da mussten die Reichen ihr Geld doch in „Finanzprodukte“ stecken. Das weltweite Problem des

Kapitalismus und so auch der Eurozone ist die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen. Während die Bruttolohn- und -gehaltssumme sich in Deutschland seit 2000 kaum verändert hat, sind die Gewinne und Vermögenseinkommen real um über 40 % gestiegen. Von unten fehlt die Nachfrage, und oben hat man mehr Geld denn je.

Drittens stehen wir vor einer anhaltenden und sich beschleunigenden Euro-Existenzkrise, weil die Politik in ihren führenden Gestalten nichts weiter ist als ein willfähriger Ausschuss zur Bedienung der Interessen der Finanzmärkte. Im Zusammenspiel von Ratingagenturen, globalen „Investoren“ - deren größte übrigens die Haupt-Eigentümer der Ratingagenturen sind - und Großbanken wurde die Treibjagd auf immer mehr angeblich marode Staaten eröffnet, deren Zinsen in die Höhe getrieben und die Wetten auf den Absturz dieser Staaten eröffnet. Die deutsche Regierung wie die übrigen aus EU und Eurogruppe wiederholen immer wieder, man müsse das „Vertrauen der Märkte“ wiedergewinnen. Das heißt nichts anderes, als dass man die Staaten zwingt, ihre Völker zu massakrieren, um Kredite und Höchstzinsen bezahlen zu können. Und es heißt, dass die Bahn zum endgültigen Crash des Euro und damit des Europa, wie wir es kennen, noch abschüssiger wird. 1 Billion Euro müssen die Euro-Staaten an Schulden bezahlen, zusätzlich müssen die Euro-Banken allein 2012 mehrere hundert Milliarden Euro an Refinanzierungsmittel aufbringen. Der italienische Staat muss im 1. Quartal 2012 über 100 Milliarden Euro an Krediten und Zinsen zurückzahlen, wofür er jetzt schon ein Vielfaches etwa des deutschen Staates an Zinsen für neue Kredite zahlen muss. Wenn man dieses Feld weiterhin den Marktkräften überlässt, marschiert man geradewegs in die Katastrophe. Die Völker verarmen, die Staaten brechen zusammen, nichts blüht mehr außer den Zinsen.

Dieses Szenario gibt die Strategie der

deutschen Regierung wider. Berlin verfolgte von Anfang an eine klare Linie: Zuerst sparen, dann retten. Nach dem letzten EU-Gipfel gilt für alle Staaten das Euro-Diktat: Alle nationalen Haushalte haben eine eingebaute Schuldenbremse; Brüssel und das heißt: Berlin und Paris kontrollieren Aufstellung und Durchführung der jeweiligen Haushaltspolitik; wer gegen die Auflagen verstößt, wird von Instituten der EU-Kommission gemäßregelt. Bei der Spar- und Kontrollpolitik geht es um nichts weniger als um die Liquidierung demokratischer Substanz in den Euro-Ländern. Sie sollen einem Regime unterworfen werden, das des „Vertrauens der Finanzmärkte“ würdig ist, nicht des Vertrauens der Völker. Als der damalige griechische Ministerpräsident die Idee ins Spiel brachte, eine Volksbefragung über das „Rettungsprogramm“ durchzuführen, war der Horror unter den Euro-Gewaltigen ebenso riesig wie entlarvend. Das Volk befragen? Welch ein gefährlicher Wahnsinn, nicht Volkes Stimme, sondern der Sachverstand der Finanzstrategen ist gefragt. Die „Regierungen der Fachleute“ in Rom und Athen wie auch die Europäische Zentralbank werden geleitet von ehemaligen Managern von Goldman Sachs, der größten Investmentbank der Welt, und der Federal Reserve, der US-Notenbank. Die Macht der Finanzmärkte war nie größer als jetzt, da nur eine Politik gegen die Finanzmärkte aus der von diesen verschuldeten Krise hinausführen könnte.

Die Merkel-Regierung spielt eine riskante Zocker-Partie. Sie treibt die Krise des Euro und der Eurozone bewusst weiter, um ihre Stellung als Super-Kontrolleur auszubauen und so viel Demokratie wie möglich los zu werden. Wenn das erreicht ist, wird sie auch die Ausgabe von Eurobonds zulassen, von gemeinschaftlichen Anleihen des Euroraums. Wenn sie sich verzockt, kommt sie damit zu spät, und die Eurozone liegt in Scherben. Aber auch daran lässt sich noch gut verdienen.

Conrad Schuhler (Vorsitzender des isw - Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.)

Zu bestellen bei: ComPress Verlag GmbH, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen, Fax: 0201 24 86 484, www.unsere-zeit.de

Armut und soziale Spaltung in Flensburg

Strukturdaten zum wirtschaftlichen Abwärtstrend der Stadt

Es war schon bemerkenswert, wie im Dezember vergangenen Jahres der neue Leiter der Flensburger Agentur für Arbeit, Markus Biercher voller Optimismus die aktuelle Arbeitslosenzahl zum Anlass nahm, einen Rückgang für 2012 vorherzusagen. Mehr als 4.800 Arbeitslose waren im November bei der Arbeitsagentur registriert, das entspricht einer Quote von 11,1%. Was er nicht sagte, war, dass sich die Arbeitslosenquote in Flensburg seit 2007 zwischen 11,0% und 12,6% bewegt, ohne dass eine wirklich durchgreifende Besserung auf dem Arbeitsmarkt zu erkennen ist.

Hinzu kommt, dass die Arbeitslosen-Statistik geschönt wird. Mehr als 100.000 Erwerbslose über 58 Jahre tauchen nicht in der Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur auf. Wer mindestens 58 Jahre alt ist und wenigstens zwölf Monate Arbeitslosengeld II (Hartz4) bezieht, ohne ein Jobangebot bekommen zu haben, gilt nicht als arbeitslos. Es wäre also interessant zu wissen, wie hoch die Anzahl der hiervon Betroffenen in Flensburg ist.

Aber auch die Sockel-Arbeitslosigkeit hat sich in Flensburg seit Jahren nicht grundlegend verändert. So lag die Zahl der Langzeitarbeitslosen und der Arbeitslosen, die Leistungen nach dem SGB II beziehen (ALG II oder auch „Hartz4“ genannt) Ende November vergangenen Jahres bei 3.601 Menschen. Das waren 75% der insgesamt gemeldeten Arbeitslosen.

Bedeutet das einen wirtschaftlichen Abwärtstrend, oder nur temporäre Ausrutscher? Eine Antwort geben die Strukturdaten und Wirtschaftsindikatoren der Stadt Flensburg.

Verstärkte Altersarmut

Die Einwohnerzahl erreichte Ende November 2011 in Flensburg mit 89.361 Menschen einen neuen Höchststand, aber auch die Veränderung der Altersstruktur macht sich deutlich bemerkbar und hat Auswirkungen auf den städtischen Sozial-Haushalt und zukünftig höhere Ausgaben im Bereich des SGB XII zur Folge, da viele Rentner in den nächsten Jahren verstärkt von Altersarmut betroffen sein werden und ergänzend Transferleistungen in Anspruch nehmen werden.

Einkommen fällt real zurück

Entscheidend ist, wie viel Geld der Bevölkerung in Flensburg pro Kopf zur Verfügung steht. In den letzten Jahren

hat es allgemein Reallohnverluste und stagnierende Einkommen gegeben, auch in Flensburg. Aber nicht erst seit der Finanzkrise ist Flensburg von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt. Seit 1995 hat es eine ungleichförmige Entwicklung gegeben, die dazu führte, dass Ende 2009 das verfügbare Jahres-Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner in Flensburg bei durchschnittlich 15.450 Euro lag und damit um 3.533 Euro oder mit 18,6% deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Die Schere bei der Einkommensentwicklung hat sich also bereits vor der Werkschließung von Motorola und dem Rückzug von Danfoss geöffnet. Diese Zahlen sind nicht inflationsbereinigt. Zieht man die Teuerungsrate noch hinzu, dann gibt es in Flensburg seit Jahren reale Einkommensverluste für weite Teile der Bevölkerung und damit schwindende Kaufkraft.

Qualität der Arbeitsplätze und Lohnquote sinken

Die realen Einkommensverluste sind aber nicht nur auf die hohe Arbeitslosigkeit zurückzuführen, sondern auch auf die Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse. Insbesondere Call-Center haben in Flensburg in den letzten Jahren Hunderte von wenig qualifizierten und schlecht bezahlten Arbeitsplätzen geschaffen. Ebenso ist die Zahl der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich stark angestiegen. Dort arbeiteten Mitte 2010 in Flensburg mehr als 81% der fast 36.800 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Mehr als ein Viertel davon im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr. Zusätzlich gab es noch etwa 10.300 400-Euro-Jobber. Besonders nachteilig ist auch, dass in den letzten 12 Jahren allein in der Region Flensburg nach Angaben des DGB mehr als 5.000 gutbezahlte und qualifizierte Arbeitsplätze verloren gingen. Vielfach wechselten ehemalige Industrie-Facharbeiter ins Handwerk oder in schlechter bezahlte Dienstleistungs-Jobs. Auch dies hat die Lohn- und Einkommensentwicklung negativ beeinflusst.

Mehr Beschäftigte mit geringem Erwerbseinkommen und Bezieher von Transferleistungen

Damit erklärt sich auch, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Niedriglohnbereich in Flensburg seit Jahren beständig steigt und außerdem steigt die Zahl der Ein-

kommensbezieher, die staatliche Transferleistungen in Anspruch nehmen müssen, um ihren und den Lebensunterhalt ihrer Haushalts- bzw. Familienmitglieder decken zu können.

3.200 Menschen bezogen November 2011 als Aufstocker Leistungen nach dem SGB II (Hartz4). Davon sind 2.100 sind SV Beschäftigte bzw. Selbstständige, 1.100 sind 400-Euro-Jobber.

Etwa jeder sechste Flensburger SV-Beschäftigte trotz Job und insgesamt 22,5% der Stadt-Bevölkerung können ihren Lebensunterhalt nur noch mit der Inanspruchnahme staatlicher Transferleistungen ausreichend decken. Das durchschnittliche verfügbare Pro-Kopf-Einkommen dieser Bevölkerungsgruppe liegt bei etwa 9.000 Euro pro Jahr und damit deutlich an bzw. unterhalb der Armutsgrenze.

Einnahmen der Stadt sinken - Rolle als Wirtschaftsmotor schwindet

Dramatisch haben sich die Einnahmen der Stadt Flensburg in den letzten Jahren entwickelt. Angesichts zahlreicher steuerrechtlicher Beschlüsse verschiedenster Bundes- und Landesregierungen und der letzten beiden Wirtschaftskrisen hat sich seit dem Jahr 2000 die finanzielle Lage aller Kommunen in Deutschland, aber auch der Stadt Flensburg dramatisch verschlechtert.

Mittlerweile gerät die Stadt aufgrund der Mindereinnahmen unter enormen Schuldendruck, kann der Haushalt aufgrund rigider Sparvorgaben nur mit Mühe verabschiedet werden. Weniger öffentliche Ausgaben heißt aber auch weniger Investitionen in Infrastruktur, bei der Stadtsanierung, beim Verkehr, beim städtischen Immobilienbesitz, bei Schulen, Kitas usw. Es heißt aber auch weniger Geld für Kultur-, Sozial- und Bildungseinrichtungen und insgesamt weniger Geld für die öffentliche Daseinsvorsorge. Die Rolle der öffentlichen Hand als Wirtschaftsmotor schwindet damit immer mehr. Das hat natürlich Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft in der Stadt, bei Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben und bei den Beschäftigten in den öffentlichen Institutionen.

Das als Konsolidierung verkleidete Zwangssparen wird die Kosten der Krise des Kapitals weiter der Bevölkerung aufbürden und damit Armut und soziale Spaltung vertiefen. Eine andere Politik der gesellschaftlichen Umverteilung muß her, um das zu ändern!

Weitere Informationen zum Thema im Akopol-Blog vom Dezember 2011 unter akopol.wordpress.com

Aufruf 40 Jahre Berufsverbote

Betroffene fordern Aufarbeitung und Rehabilitierung

Vor 40 Jahren, am 28. Januar 1972, beschloss die Ministerpräsidentenkonferenz unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Willy Brandt den sogenannten "Radikalenerlass". Zur Abwehr angeblicher Verfassungsfeinde sollten "Personen, die nicht die Gewähr bieten, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten", aus dem öffentlichen Dienst ferngehalten bzw. entlassen werden. Mithilfe der "Regelanfrage" wurden etwa 3,5 Millionen Bewerberinnen und Bewerber vom "Verfassungsschutz" auf ihre politische "Zuverlässigkeit" durchleuchtet. In der Folge kam es zu 11 000 offiziellen Berufsverbotsverfahren, 2 200 Disziplinarverfahren, 1 250 Ablehnungen von Bewerbungen und 265 Entlassungen. Formell richtete sich der Erlass gegen "Links- und Rechtsextremisten", in der Praxis traf er vor allem Linke: Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und anderer sozialistischer und linker Gruppierungen, von Friedensinitiativen bis hin zu SPD-nahen Studierendenorganisationen. Mit dem Kampfbegriff der "Verfassungsfeindlichkeit" wurden missliebige und systemkritische Organisationen und Personen an den Rand der Legalität gerückt, wurde die Ausübung von Grundrechten wie der Meinungs- und Organisationsfreiheit bedroht und bestraft.

Der "Radikalenerlass" führte zum faktischen Berufsverbot für Tausende von Menschen, die als Lehrerinnen und Lehrer, in der Sozialarbeit, in der Briefzustellung, als Lokführer oder in der Rechtspflege tätig waren oder sich auf solche Berufe vorbereiteten und bewarben. Bis weit in die 80er Jahre vergriffte die staatlich betriebene Jagd auf vermeintliche "Radikale" das politische Klima. Der "Radikalenerlass" diente der Einschüchterung nicht nur der aktiven Linken. Die existentielle Bedrohung durch die Verweigerung des erlernten oder bereits ausgeübten Berufes war eine Maßnahme der Unterdrückung außerparlamentarischer Bewegungen insgesamt. Statt Zivilcourage wurde Duckmäusertum gefördert.

Erst Ende der 80er Jahre zogen sozialdemokratisch geführte Landesregierungen die Konsequenz aus dem von Willy Brandt selbst eingeräumten "Irrtum" und schafften die entsprechenden Erlasse in ihren Ländern ab.

Einige der früher abgewiesenen Anwärterinnen und Anwärter und zum Teil sogar aus dem Beamtenverhältnis Entlassenen wurden doch noch übernommen, meist im Angestelltenverhältnis. Viele mussten sich allerdings nach zermürbenden und jahrelangen Prozessen beruflich anderweitig orientieren.

Heute gilt das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), das eine Diskriminierung wegen politischer Überzeugungen verbietet. Damit wurde eine entsprechende EU-Richtlinie umgesetzt. Doch ein öffentliches Eingeständnis, dass der "Radikalenerlass" Unrecht war, unterblieb. Er hat Tausenden von Menschen die berufliche Perspektive genommen und sie in schwerwiegende Existenzprobleme gestürzt. Eine materielle, moralische und politische Rehabilitierung der Betroffenen fand nicht statt.

Die Bedrohung durch den "Radikalenerlass" gehört auch 2012 keineswegs der Vergangenheit an: Im Jahr 2004 belegten die Bundesländer Baden-Württemberg und Hessen den Heidelberger Realschullehrer Michael Csaszakóczy mit Berufsverbot, weil er sich in antifaschistischen Gruppen engagiert hatte. Erst 2007 wurde seine Ablehnung für den Schuldienst durch die Gerichte endgültig für unrechtmäßig erklärt. Trotzdem wird in Bayern von Bewerberinnen und Bewerbern für den öffentlichen Dienst weiterhin formularmäßig die Distanzierung von Organisationen verlangt, die vom "Verfassungsschutz" als "linksextremistisch" diffamiert werden. Und eine sogenannte "Extremismus"-Klausel, die sich auf die Ideologie und mehr als fragwürdigen Einschätzungen des "Verfassungsschutzes" stützt, bedroht existenziell die wichtige Arbeit antifaschistischer, antirassistischer und anderer demokratischer Projekte.

Eine politische Auseinandersetzung über die schwerwiegende Beschädigung der demokratischen Kultur durch die Berufsverbotspolitik steht bis heute aus. Sie ist dringlicher denn je. Unter dem Vorwand der Bekämpfung des Terrorismus werden wesentliche demokratische Rechte eingeschränkt. Die in den letzten Monaten des Jahres 2011 zu Tage getretenen "Verfassungsschutz"-Skandale haben gezeigt, wie tief der Inlandsgeheimdienst ideologisch und personell in die neo-

nazistische Szene verstrickt ist. Seit seiner Gründung im Jahr 1950 - unter Beteiligung von NS-Verbrechern - hat der "Verfassungsschutz" an der Ausgrenzung, Einschüchterung und letztendlichen Kriminalisierung antifaschistischer Politik und linker Opposition gearbeitet. Dieser antidemokratische Geheimdienst ist nicht reformierbar, er muss abgeschafft werden.

Der "Radikalenerlass" und die ihn stützende Rechtssprechung bleiben ein juristisches, politisches und menschliches Unrecht. Wir als damalige Betroffene des "Radikalenerlasses" fordern von den Verantwortlichen in Verwaltung und Justiz, im Bund und Ländern unsere vollständige Rehabilitierung. Die Bespitzelung kritischer politischer Opposition muss ein Ende haben. Wir fordern die Herausgabe und Vernichtung der "Verfassungsschutz"-Akten, wir verlangen die Aufhebung der diskriminierenden Urteile und eine materielle Entschädigung der Betroffenen.

Weitere Informationen zum Aufruf unter www.berufsverbote.de

TERMINE

Mitgliederversammlung

- z Donnerstag, 16. Februar, 19 Uhr
 - z Donnerstag, 15. März, 19 Uhr
 - z Donnerstag, 19. April., 19 Uhr
- im Restaurant FEUERSTEIN,
Norderstraße 98, Flensburg

BLICKPUNKT

DKP

Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg

Herausgeber: DKP Flensburg
Postfach 1401, 24904 Flensburg
Mail: dkp.flensburg@versanet.de

Redaktion: Ludwig Hecker (ViSdP)
Druck: Eigendruck

Erscheinungsweise: vierteljährlich
Preis: 0,40 € (1 € incl. Versandkosten)

BLICKPUNKT liegt regelmäßig aus:
im AstA der UNIVERSITÄT
OSSIETZKY-BUCHHANDLUNG
VOLKSBAD | HAFERMARKT
KAFFEEHAUS | VIVA | GALERIE
GRISOU | CAFÉ CENTRAL
PORTICUS | FEUERSTEIN

Spenden können überwiesen werden
auf das Konto 38551208 bei der
Postbank Hamburg, (BLZ 20010020),
Verwendungszweck: Blickpunkt